

Antrag 2: Soziale Frage

Die Landesmitgliederversammlung der Linksjugend ['solid] Brandenburg möge beschließen:

Von Mai bis Oktober 2022 wird der Landesverband seinen thematischen Schwerpunkt auf die Soziale Frage und unsere radikalsozialistische Perspektive daraufsetzen. Dazu soll:

- wöchentlich informative Posts zu Unterthemen auf den Social-Media-Kanälen erstellt werden
- monatlich eine Veranstaltung des Landesverbandes (digital oder in Präsenz, der pandemischen Lage angepasst) durchgeführt werden, die unsere radikalsozialistischen Positionen in der sozialen Frage herausstellt und uns klar von der Grünen Jugend und den Jusos abgrenzt. Die Veranstaltungen sollen selbstorganisiert sein, jedoch wollen wir auch mit Expert*innen und (linksradikalen) sozialen Bewegungen und Initiativen (Bspw. DW Enteignen, Arbeiter*innenkind e.V., Campact, Migrantifa, Wer hat der gibt etc.) in den Austausch und Vernetzung kommen.
- neues Material produziert werden, wie z.B. Infolyer, Sticker oder Gimmicks, die verdeutlichen, dass wir die beste Antwort auf die soziale Frage haben.
- In Vorbereitung auf nächste Aktionen von DW Enteignen oder anderer linksradikaler sozialer Bewegungen mit großem Mobilisationspotential ein Aktionstraining organisiert und durchgeführt werden, welches uns auf die sozialen Kämpfe auf der Straße vorbereitet. Dieses wird innerhalb und außerhalb des Verbandes beworben.
- der LSpR organisiert hierzu gemeinsame Anreisen und evtl. Zugtickets zu den Demos, Kundgebungen und Aktionen, um die Partizipation an den Aktionen niederschwellig zu halten. Er ruft seine Mitglieder, Sympathisant*innen und Freund*innen dazu auf sich zu beteiligen.
- mit einer oder mehreren abgeordneten Personen der Linksfraktion im Brandenburger Landtag in Kontakt getreten und darum gebeten werden als parlamentarische Beobachter*innen die Aktionen und Demonstrationen zu begleiten und zu beobachten.
- eine LAG (Landesarbeitsgemeinschaft) Soziale Frage gegründet wird, die mit Unterstützung des LSpRs sich der Umsetzung der oberen Punkte annimmt.

Unterthemen können unter anderem sein:

- Sozialer und Studentischer Wohnraum
- Studien- und Ausbildungsfinanzierung in Deutschland
- Pflege und Gesundheit gut bezahlt
- Soziale und wirtschaftliche Lage geflüchteter Menschen
- Inklusive Gesellschaft/ Teilhabe von Menschen mit Fluchterfahrung
- Klassen und Klassenbewusstsein in der heutigen Zeit
- Kulturelle Teilhabe und Subkulturelle (Frei-) Räume
- Gewerkschaften und Arbeitskämpfe im 21. Jh.
- Rente im 21. Jh.
- Sorgenfreies Leben
- Was kommt nach Hartz IV (Grundeinkommen oder neue Sozialsysteme)
- Staat, Kapitalismus und soziale Frage

Begründung:

Diese Bundestagswahl hat uns als Linksjugend ['solid] einen harten Realitätscheck gegeben. Das Wahlergebnis von 4,9% ist desaströs und wir sind nur Dank dreier Direktmandate überhaupt als Fraktion im Bundestag vertreten. Diese Bundestagswahl war für uns als Linke und Linksjugend ['solid] der letzte finale Warnschuss. In der Vergangenheit sind Fehler begangen worden, welche in

einem strukturierten und grundsätzlichen Reflektions- und Aufarbeitungsprozess analysiert und aufgearbeitet werden müssen, damit wir als Linke im parlamentarischen System der BRD noch eine Zukunft haben und überhaupt noch Relevanz entfalten können. In den Reihen der sogenannten "Sonstigen Parteien" geführt zu werden ist eine Demütigung für uns Linken und Linksjugend [solid] als einstmals stolze und selbstbewusste ostdeutsche Volkspartei! Eine Erkenntnis, welche sich jetzt schon nach der Bundestagswahl feststellen und ziehen lässt ist, dass wir es als Linke und Linksjugend [solid] nicht geschafft haben, als die Partei der sozialen Gerechtigkeit und der sozialen Frage wahrgenommen zu werden und uns hier von den (Erst-)Wähler*innen offenbar nicht die nötigen Kompetenzen zugesprochen wurden, welche es unter Umständen vermocht hätten, eine positive Wahlentscheidung der (Erst-)Wähler*innen für die Partei Die Linke auszulösen. Ganz im Gegenteil konnten hier sogar die SPD und die Grünen und damit Jusos und Grüne Jugend massiv Kompetenzpunkte bei den (Erst-) Wähler*innen dazugewinnen. Dabei sind beides Parteien des Status Quos und des Weitersos, welche sich weigern konsequent die Systemfrage zu stellen und stattdessen als Verursacher*innen der menschenverachtenden Hartz-Reformen in ihrem Wahlprogram lieber erwerbslose Menschen unsolidarisch und menschenfeindlich mit 3€ mehr im Monat abspeisen wollen, statt ihre soziale Lage wirklich verbessern zu wollen. Außerdem wurden hier Parteien gewählt, welche sich offen gegen den Volksentscheid DW und co. enteignen gestellt haben und stattdessen in Berlin und Bundesweit lieber die Konzerne hofieren als Menschen vor Verdrängung, Wohnungsnot und Obdachlosigkeit zu schützen. Fakt ist unter einer Ampel-Koalition und erst recht unter Jamaika wird sich die soziale Lage und die prekären wirtschaftlichen und sozialen Situationen vieler Menschen nicht ändern. Das jetzt gerade viele Erstwähler*innen die Angebote von Grüne Jugend und Jusos, welche sich neuerdings offenbar selbst im Linksradikalismus verortet sehen zeigt die perfide Strategie von Grünen und SPD mithilfe ihrer pseudoradikalen Jugendverbände junge Wähler*innen gezielt über ihre wahren politischen Absichten zu täuschen, nämlich den Status Quo und das System aufrechtzuerhalten. Denn die wahren Absichten der Jungen in SPD und Grünen wird klar, wenn man sich den Fall Kevin Kühnert anschaut: In jungen Jahren wird links geblickt, um auf sich Aufmerksam zu machen, aber wenn man dann Karriere machen kann, wird bei sozialen Fragen wie dem Volksentscheid in Berlin scharf rechts im Sinne der Parteiräson überholt um sich Ämter, Titel und Pöstchen zu sichern und Abgeordneten Diäten abzukassieren in dem man junge Wähler*innen täuscht. Wir als Linksjugend[solid] müssen hier jungen (Erst-)Wähler*innen ein ernsthaftes und ehrliches Angebot zu machen, da nur wir der einzige politische Jugendverband sind, der bereit ist konsequent die Systemfrage zu stellen und sozialistische und linksradikale Positionen zu vertreten.